

Wahlprüfsteine der Freien Wähler e.V.

1. Die kommunale Selbstverwaltung stärken und die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden weiter unterstützen und fördern!

Die CDU steht hinter der in Art. 73 Abs. 1 der Landesverfassung normierten Verpflichtung dafür zu sorgen, dass Kommunen in unserem Land über die notwendige finanzielle Ausstattung verfügen, um ihren Aufgaben verantwortungsvoll gerecht werden zu können. Durch die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs wird gewährleistet, dass nicht nur ein vertikaler Ausgleich zwischen Land und Kommunen, sondern auch ein horizontaler Ausgleich zwischen den Kommunen stattfindet. Dabei dient die Gemeinsame Finanzkommission der Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung vor Entscheidungen über den kommunalen Finanzausgleich. Der am 28. Juli 2020 zwischen Land und Kommunen geschlossene kommunale Stabilitäts- und Zukunftspakt zur Bewältigung der Herausforderungen aus der Corona-Pandemie demonstriert ganz konkret wie dieser Grundsatz ausgefüllt wird. Mit knapp 4,5 Mrd. Euro werden durch Bund und Land coronabedingte Einnahmerückgänge und Mehraufwendungen kompensiert, rund 3 Mrd. Euro hiervon trägt das Land. Mit dem kommunalen Stabilitäts- und Zukunftspakt werden insbesondere neben den Gewerbesteuerausfällen auch die prognostizierten Verluste im kommunalen Finanzausgleich ausgeglichen. Auch wegen dem Engagement der CDU wurde durch die vorgezogenen Teilzahlungen den Kommunen rasch Liquidität und notwendige Planungssicherheit verschafft, die Kommunen wurden mit Soforthilfen und mit Ausstattung unterstützt.

2. Aktiv Wege aus der Corona Krise unterstützen!

Mit den pandemiebedingten Schließungen und dem unvermeidbaren, harten Lockdown in den letzten Wochen und Monaten wurde unsere Mittelständler schwer getroffen. Als CDU war und ist es und wichtig schnelle und erheblichen Hilfen sowie ein ganzes Bündel an unterschiedlichen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Unser Vorgehen hat dabei das Ziel, Existenzen zu sichern, Insolvenzen zu vermeiden und dann mit geeigneten Instrumenten unserem Mittelstand bei der Überwindung der Krise zu unterstützen.

Wir teilen die Forderung der Freien Wähler des Landesverbandes Baden-Württemberg e. V., aktiv Wege aus der Corona-Krise unterstützen und den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit Tatkraft und Innovation zukunftsfähig zu machen. Deshalb machen wir mit dem Investitionspaket „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ den nächsten Schritt in der Krisenbekämpfung und der Zukunftssicherung. Ein Kernstück unseres Zukunftspakets ist „Invest BW“ - das mit 300 Millionen Euro größte branchenoffene einzelbetriebliches Förderprogramm für Innovationen und Investitionen in der Geschichte des Landes. Damit wollen wir gerade unseren vielen innovativen Unternehmen im Mittelstand eine wirksame Hilfestellung geben, wenn sie in die Zukunft investieren wollen. Invest BW soll grundsätzlich allen Unternehmen offenstehen - unabhängig von der Zahl der Mitarbeiter. Damit soll die gesamte Breite der baden-württembergischen Wirtschaft erreicht werden.

Ein weiteres Schlüsselthema, um aus der Corona-Krise gut zu starten, ist für uns die Digitalisierung. Dazu gehört natürlich als Grundvoraussetzung die Versorgung mit schnellem Internet aber auch die Unterstützung unserer Unternehmen bei ihrer Umsetzung ihrer Digitalisierungsprojekte in der Praxis, um ihre Wettbewerbschancen zu verbessern. Mit weiteren 1,5 Milliarden Euro wollen wir in den kommenden fünf Jahren dafür sorgen, dass Glasfaser überall dort verlegt wird, wo sie gebraucht wird. Und zwar unabhängig von derzeit vorhandenen Bandbreiten. Neben Glasfaser wird auch der neue Mobilfunkstandard 5G in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen rücken. Dies erfolgt mit der Digitalisierungsprämie und der „Digitalisierungsprämie Plus“, für die wir insgesamt 66 Mio. Euro zur Verfügung gestellt haben. Die Erfolgsgeschichte der Digitalisierungsprämie Plus werden wir fortschreiben: Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern werden wir auch weiterhin auf ihrem Weg der Digitalisierung unterstützen.

Derzeit ist die Elektrifizierung des Antriebsstrangs der meist beachtete Aspekt des Strukturwandels in der Automobilindustrie. Für die Automobilhersteller und die Zulieferer stellt die E-Mobilität mit der einhergehenden Transformation strukturell eine große Herausforderung dar. Nach wie vor steht die CDU zur Technologieoffenheit bei den Antriebstechnologien. Das elektrisch angetriebene Fahrzeug ist nur ein Teil der Mobilität der Zukunft. Wir müssen nun den Schwerpunkt vermehrt auf die Skalierung und Markterprobung von ausreichend erforschten Technologien, wie Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe legen. Dabei ist vor allem auch der Ausbau des Netzes an Wasserstofftankstellen erforderlich, den wir fördern wollen. Wir wollen damit alle vorhandenen Potenziale alternativer Kraftstoffe als Ergänzung zur Elektromobilität hervorheben und deren Anerkennung fordern. Stichwort: CO₂-neutrale Mobilität.

3. In allen Lebensbereichen eine durchgehende Digitalisierung vorantreiben!

Mit Ihrer Forderung der durchgängigen Digitalisierung in allen Lebensbereichen sprechen Sie ein enorm wichtiges Thema an: Ein Schlüsselthema kommenden Jahrzehnt. Gerade bei den zahlreichen Digitalisierungsprojekten vor Ort bauen wir auf eine gute Zusammenarbeit mit den Freien Wählern. Die CDU versteht die Digitalisierung als Chance, die Lebensqualität der Menschen hier im Land zu verbessern und den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken. Staus und Verkehrsunfälle durch vernetztes und automatisiertes Fahren vermeiden, Krankheiten mit digital unterstützter Medizin besser bekämpfen, Bildungschancen mit digitalen Medien erhöhen, Energie- und Ressourcenverbrauch mit Hilfe intelligenter Netze und effizienterer Abläufe senken, den Ländlichen Raum mit digitalen Angeboten attraktiv erhalten und Steigerung der Nachhaltigkeit im Land – um nur einige Beispiele zu nennen, wie Digitalisierung als Mittel zum Zweck dienen kann, das Leben der Menschen zu vereinfachen und zu verbessern.

Digitalisierung ist ein Universalthema. Mit digital@bw hat die Landesregierung im Sommer 2017 eine landesweite und ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie auf den Weg gebracht und seither über 70 Projekte mit einem Volumen von mehr als 400 Millionen Euro angeschoben. Bis Ende der Legislaturperiode fließen einschließlich der Breitbandförderung mehr als eineinhalb Milliarden Euro in die Umsetzung der Maßnahmen aus der Digitalisierungsstrategie digital@bw.

Um das erklärte Ziel zu erreichen, Baden-Württemberg bis 2025 flächendeckend mit gigabitfähigen Netzen auszustatten, hat – dank des CDU-geführten Innenministeriums - die Landesregierung allein die Fördermittel in die Breitbandförderung im Vergleich zur Vorgängerregierung verzehnfacht und dank der Novellierung der Förderprogramme im Januar 2019 konnte ein beeindruckender Anstieg der Antragszahlen verzeichnet werden. Bereits über 2.401 Breitbandprojekte wurden in den letzten fünf Jahren realisiert und Ausbauprojekte mit über 873,5 Mio. Euro unterstützt. Jede Investition in das schnelle Internet ist auch eine Investition in die Wirtschaftskraft und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir in den kommenden fünf Jahren fortsetzen und weitere 1,5 Milliarden Euro in die Hand nehmen.

Da wir Digitalisierung als umfassende Gestaltungsaufgabe verstehen, bei welcher stets der konkrete Praxisbezug und Nutzen im Mittelpunkt stehen sollte, stellen wir z. B. auch die Landesverwaltung auf ein stabiles Fundament. Mit der

flächendeckenden Einrichtung der E-Akte bei allen Landesbehörden nimmt die Landesverwaltung eine Vorbildfunktion bei der Digitalisierung ein. Bis spätestens Ende 2025 soll bei allen Landesbehörden (ca. 25.000 Arbeitsplätze in ca. 160 Behörden an über 350 Standorten) und der Polizei (ca. 32.000 Arbeitsplätze) die E-Akte im Einsatz sein.

Zudem streben wir an, dass bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen auch digital angeboten werden. Mit service-bw verfügt das Land bereits über eine zentrale E-Government-Plattform, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Informationen zu allen Lebenslagen zur Verfügung stellt. Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wird auf diesem Fundament aufgebaut: Es können medienbruchfreie digitale Verwaltungsleistungen angeboten werden – ohne dass Kommunen dafür eigene Infrastrukturen aufbauen, betreiben und pflegen müssen. Fachverfahren können zukünftig im Hintergrund miteinander agieren und Daten austauschen. Die technische Barrierefreiheit des Serviceportals entwickeln wir ständig weiter. Wir stellen das Portal schrittweise auf eine andere Technologie um und machen es dadurch für noch mehr Zielgruppen nutzbarer. Die Landesredaktion des Serviceportals sorgt in enger Kooperation mit den Entwicklern, Fachexperten und Designern für eine verständliche Sprache und so für die redaktionelle Barrierefreiheit der über 2.000 Texte. Auch bei der Entwicklung der Onlineanträge steht eine größtmögliche Zugänglichkeit im Fokus. Service-bw stellt das Land den Kommunen kostenlos zur Verfügung. Öffentliche Dienstleistungen sollen von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen möglichst unbürokratisch und von zuhause ausgenutzt werden können.

Und bei all dem darf die Cybersicherheit nicht zu kurz kommen, weshalb wir massiv in die Cybersicherheit investieren, um unsere Mitmenschen, Wirtschaftsunternehmen und die Verwaltung zu schützen. Dafür haben wir eine landesweite, ressortübergreifende Cybersicherheitsstrategie mit zahlreichen Projekten auf den Weg gebracht sowie die Errichtung einer Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg.

4. Unser Bildungssystem muss stärker, leistungsfähiger und innovativer werden!

Die CDU steht für ein leistungsfähiges, gegliedertes Schulsystem mit echter Schulartenvielfalt und begabungsgerechter Durchlässigkeit. Zielsetzungen der CDU sind die Qualitätssicherung und -entwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung sowie die Stärkung der Qualität von Schule und Unterricht.

Mit dem Qualitätskonzept und der Einrichtung des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung sowie des Instituts für Bildungsanalysen haben wir dafür die strukturellen Voraussetzungen geschaffen. Der beschlossene Pakt für gute Bildung und Betreuung steht für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung, eine intensivere Förderung der Kinder und eine PiA-Offensive zur Gewinnung von Fachkräften.

Die Bildungsforschung zeigt auf, dass die Tiefenstrukturen des Unterrichts entscheidend sind. Damit das Classroom-Management besser gelingt, spricht sich die CDU für leistungshomogenere Eingangsklassen aus. Wir möchten verstärkt auf die Übergänge achten und dafür sorgen, dass hochwertige und individuelle Wege zum jeweils optimalen Ab- und Anschluss vorhanden sind. Dabei bekennen wir uns zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

Eine Absenkung des Klassenteilers ist in Abhängigkeit der fiskalischen Perspektiven und der personellen Ressourcen zu sehen. Die Sicherung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung haben Priorität. Aufgrund der unzureichenden Bedarfsplanung der Vorgängerregierung bei den Lehrkräften besteht derzeit ein Bewerbermangel, kein Stellenmangel.

Wir wollen den Lehrerberuf als Berufsziel attraktiver machen, auch damit er in der Öffentlichkeit wieder mehr Wertschätzung und Anerkennung erfährt. Gleichzeitig müssen Lehreraus- und Fortbildung besser verzahnt und evidenzbasiert ausgerichtet werden. Es bedarf qualifizierter Unterstützungssysteme. Hierzu wird das neu gegründete ZSL einen wesentlichen Beitrag leisten.

Die Maßnahmen im Rahmen des Digitalpakts Schule (nebst Schülerendgeräten und Förderung von IT-Administratoren) sowie die Bereitstellung eines schulscharfen Corona-Budgets sind wegweisend. Das Sofortausstattungsprogramm Leihgeräte für Lehrkräfte sollte baldmöglichst in die Umsetzung gelangen.

Beim Breitbandausbau werden wir den erfolgreichen Weg des Landes fortsetzen. Das CDU-geführte Innenministerium investierte in dieser Legislaturperiode nahezu 1 Milliarde Euro in den Breitbandausbau. Für uns ist aber auch klar: Technik ist kein Selbstzweck. Technik folgt der Pädagogik. Die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich digitaler Lehr-Lern-Szenarien ist uns wichtig und muss weiter ausgebaut werden.

Die CDU möchte die Digitalisierung weiter und mit Hochdruck voranbringen. Gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden werden wir Rahmenbedingungen für die Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert erarbeiten.

Der CDU ist es ein Anliegen, die Schulträger in ihrer Aufgabe des Schulbaus und der Schulsanierung zu unterstützen, um gemeinsam für moderne Lern- und Lebensräume an den Schulen zu sorgen. Das Land hat sich in den Jahren 2017 bis 2019 an den Sanierungslasten der Kommunen mit rd. 595,6 Mio. Euro beteiligt. Im DHH 2020/21 stehen 400 Mio. Euro für Schulbau und -sanierung bereit. Schulbau und Schulsanierung wurden mit der novellierten VwV Schulbau zusammengeführt.

5. Familien stärken, Teilhabe fördern, Pflegende stärken!

Vor dem Hintergrund der aus dem demografischen Wandel resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen, gilt es, eine Politik zu machen, die alle Lebensphasen in den Blick nimmt und ein gedeihliches Zusammenleben der Generationen befördert; eine Politik, die den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, von Familien, Paaren und Alleinerziehenden während der Erwerbsphase und von Senioren im wohlverdienten aktiven Ruhestand gleichermaßen Rechnung trägt. Wir wollen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in allen Lebensbereichen so gestalten und anpassen, dass alle Generationen auch in Zukunft gut und gerne in unserem Land leben können und wollen. Dafür bedarf es einer ressort- und ebenenübergreifenden Gesamtstrategie, die zielgenaue Lösungen ermöglicht. Auch hier verstehen wir den Landesverband der Freien Wähler als wichtigen Resonanzraum kommunaler Interessen.

Starke Familien sind das Fundament einer starken Gesellschaft. Familie ist der Ort, an dem der Grundstein für ein glückliches und erfolgreiches Leben gelegt wird. Wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern da sind, werden die Werte gelebt, die unserem christlichen Menschenbild entsprechen: Verantwortung, Mitmenschlichkeit und Fürsorge. Familie ist für uns ein Wert an sich – unabhängig davon, in welcher Form Familie gelebt wird. Familien leisten Enormes bei Erziehung und Pflege. Vor allem sind Familien dabei zeitlich und finanziell beansprucht. Wir wollen Familien daher mehr Freiräume geben, um füreinander da sein zu können, aber auch um ihr Familienleben so ausgestalten zu können, wie es ihren Wünschen entspricht. Mit der Einführung eines Familiensplittings soll die Familie als Ganzes bei steuerlichen Erleichterungen berücksichtigt werden. Zudem wollen wir Familien mit der Einführung eines Familiengeldes, das unabhängig vom Einkommen, der Erwerbstätigkeit und der Art der Betreuung bezahlt wird, unterstützen.

Zur Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss es auch im Anschluss an Kindertagesbetreuung und Kindergarten ausreichende und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote geben, die allen Familien auf freiwilliger Basis offenstehen. Mit einer Qualitätsoffensive frühkindliche Bildung wollen wir sicherstellen, dass der Betreuungsschlüssel in baden-württembergischen KiTas weiter bundesweit Spitze bleibt.

Pflegerische Angebote sind so auszurichten, dass jeder Mensch vor Ort die Hilfe findet, die er benötigt, um möglichst lange in seinem gewohnten Lebensumfeld zu verbleiben. Die Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen müssen wir verbessern. Deshalb wollen wir Pflegeberufe attraktiver machen und ihnen eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung zuteilwerden lassen. Ein wichtiger Baustein hierfür ist eine leistungsgerechte Bezahlung durch Einführung eines Flächentarifvertrags. Darüber hinaus muss das Berufsbild insgesamt aufgewertet werden, um mit anderen Gesundheitsberufen auf Augenhöhe agieren zu können. Im Übrigen geht es um verlässliche Dienstpläne, flexible Arbeitszeitmodelle und wertschätzende Führung. Wir treten zudem weiterhin für die bundesweite Einführung eines verpflichtenden gesellschaftlichen Jahres für alle jungen Frauen und Männer ein. Zentraler Baustein zur Unterstützung pflegender Angehöriger ist die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen.

In der medizinischen Versorgung geht es um den Aufbau und Erhalt sektorenübergreifender Versorgungsstrukturen, die flächendeckend eine koordinierte Behandlung vom Hausarzt über das Krankenhaus bis zu Rehabilitation ermöglichen. Zudem müssen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung in der medizinischen Versorgung schneller und zielgerichteter als bisher nutzbar machen.

Wir wollen den Zusammenhalt in Nachbarschaft und sozialem Umfeld sowie alternative Formen des Zusammenlebens (zum Beispiel generationenübergreifende Wohnmodelle oder Wohngemeinschaften für Menschen mit Unterstützungsbedarf) unterstützen. Außerdem wollen wir die Förderung von Mehrgenerationenhäusern in ihren unterschiedlichen Ausprägungen verstetigen.

Wir treten für ein modernes Bild vom Altern ein und wollen eine Kultur der umfassenden Teilhabe und Beteiligung schaffen, die alle gesellschaftlichen Gruppen und alle Alterskohorten einschließt und so in eine erfolgreiche Generationenpolitik mündet. Es gilt, da zu unterstützen, wo Hilfe nötig ist und da zu aktivieren, wo Ressourcen ungenutzt sind. Die lokale Quartiersarbeit wollen wir unter Beteiligung der Akteure vor Ort ausbauen und stärken.

Mit dem Förderprogramm für den Wohnungsbau in Höhe von 250 Mio. Euro setzen wir ein deutliches Zeichen, um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Baden-Württemberg zu begegnen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Bau von sozialem Mietwohnraum. Daneben müssen wir den altersgerechten Umbau des Wohnungsbestands stärker als bisher in den Blick nehmen. Hier sind Förderkulissen aufzubauen bzw. zu ergänzen und Beratungsangebote zu schaffen.

6. Gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Ehrenamt stärken; das heißt für uns:

Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts. Der Beitrag, den die verschiedenen Vereine und Organisationen aus Sport, Musik und Kultur, Jugend und Soziales, Kirchen, Natur- und Umwelt sowie Rettungsdienste und Feuerwehren für die Gesellschaft und die Integration leisten, ist von unschätzbarem Wert. Wir als CDU haben in der Vergangenheit immer darauf geachtet, dass die notwendige Unterstützung vor Ort ankommt und wollen dies auch in Zukunft sicherstellen. Um die breite ehrenamtliche Beteiligung zu sichern, werden wir die Unterstützung des Landes ausbauen und die Stelle eines Landesbeauftragten für das Ehrenamt schaffen. Die im Ländlichen Raum ausgeprägte Ehrenamtsstruktur beabsichtigen wir durch ein Förderprogramm für ehrenamtliche Strukturen, die und die Errichtung eines Netzes von Ehrenamtsansprechpartnern auf Landkreisebene zu festigen. Mit der Einführung einer Ehrenamtskarte wollen wir den Ehrenamtlichen im Land darüber hinaus Anerkennung für das Geleistete – etwa durch vergünstigte Eintrittspreise zu Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten – zuteil werden lassen. Um das Ehrenamt in seiner Arbeit zu unterstützen, wollen wir die Beratungs- und Serviceleistungen bei den Registergerichten weiter ausbauen. Eine kostenlose Beglaubigung von Vereinsangelegenheiten soll bei den Kommunen zukünftig wieder flächendeckend möglich sein. Wir werden zudem die Vorschläge des Normenkontrollrates zur Entlastung der Vereine und des Ehrenamtes zeitnah angehen. Auch im Umgang mit der Datenschutzgrundverordnung wollen wir die Informations- und Beratungsangebote ausbauen, Entlastungsmaßnahmen umsetzen und auf europäischer Ebene auf Erleichterungen drängen.

7. Nachhaltigkeit, Energiewende, Klimaschutz mit Schub und Elan nach vorne bringen!

Die Erhaltung unseres Planeten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Wertekompasses. Verantwortungsvolle Umwelt- und Klimapolitik bedeutet für uns, die Lebensqualität der Menschen zu sichern, die Schöpfung zu bewahren und unseren Planeten künftigen Generationen in einem guten Zustand zu übergeben. Beim Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen als Grundpfeiler der Daseinsvorsorge zählen wir auf die Kommunen. Dabei setzen wir auf Anreize statt Verbote.

Für mehr Klimaschutz wollen wir die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg stärken und die regionalen, kreisweit tätigen Energieagenturen ausbauen. Wir haben die Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg ins Leben gerufen und laden die Kommunen ein, mit Hilfe der Stiftung auf freiwilliger Basis ihren CO₂-Fußabdruck zu reduzieren. Den Heizenergieverbrauch in öffentlichen Gebäuden zu reduzieren, spart bares Geld und ist ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz.

Bei der Gestaltung der Mobilität der Zukunft gilt es, Mobilität, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Wir teilen die Forderung des Landesverbands der Freien Wähler Baden-Württemberg, dass Verbote an dieser Stelle nicht zielführend sind. Deshalb spielen wir Verkehrsmittel nicht gegeneinander aus. Auch in Zukunft haben das Auto und das Flugzeug dieselbe Daseinsberechtigung wie Fahrrad, Bus und Bahn. Wir setzen auf einen Mix von leistungsfähigen Mobilitätsangeboten, innovativer Forschung und einer intelligenten Infrastruktur.

Die CDU steht für einen attraktiven und flächendeckenden Schienenpersonenverkehr. Wir wollen mit einer Angebots- und Qualitätsoffensive die Stagnation überwinden und dem Schienenverkehr neuen Schub geben. Dazu gehört für uns die Abschaffung der einseitigen Bindung an Fahrgastzahlen, um zusätzliche Angebote im Ländlichen Raum zu ermöglichen. Die Förderprogramme des Bundes für die Elektrifizierung und Reaktivierung von Schienenstrecken werden wir nutzen und kraftvoll kofinanzieren.

Das Fahrrad wird nicht nur in den Städten eine zentrale Rolle in der Mobilität der Zukunft spielen. Es erlebt seit Jahren auch einen unaufhaltbaren Boom sowohl im Alltagsverkehr als auch beim Sport auf den Straßen und in der Natur. Radwege, die in schlechtem Zustand oder mangelhaft geplant sind, stellen dabei eine Gefahr dar. Deshalb wollen wir die Infrastruktur verbessern und ausbauen. Vorhandene Lücken müssen mit Priorität geschlossen werden. Radwege sollen, wo immer möglich, baulich vom Auto- und Fußverkehr getrennt werden. Sie müssen deshalb

in Zukunft bei jedem Straßenbauprojekt mitgedacht werden - ebenso wie Fußwege.

Der Nord-Ost-Ring ist ein wichtiges Projekt im Bundesverkehrswegeplan mit einem enorm hohen Nutzen-Kosten-Faktor. Wir werden zeitnah die Planungen aufnehmen, um eine für die Region verträgliche Trassenführung so schnell wie möglich umzusetzen.

8. Lebensqualität und Zukunft für den ländlichen Raum und die Zentren fördern!

Baden-Württemberg verfügt über einen starken Ländlichen Raum. Mit Blick darauf, dass jeder dritte Baden-Württemberger im ländlichen Raum lebt und er über 70 % unserer Landesfläche ausmacht, kommt ihm ein hoher Stellenwert zu. Aufgrund der dezentralen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur sowie der dezentralen Bildungs-, Hochschul- und die Forschungsinfrastruktur stehen wir gut da. Auch für junge Familien birgt er großes Potential. Wir haben in unserer Arbeit die Interessen des Ländlichen Raums immer im Blick behalten und unsere Politik danach ausgerichtet, unseren Ländlichen Räume zu erhalten, bei der Weiterentwicklung zu unterstützen und noch stärker zu fördern. Aus diesem Grund haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode auch erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Baden-Württemberg als Staatsziel in der Landesverfassung verankert wurde. Dies war und ist ein starker Impuls.

Darüber hinaus haben wir dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) seit 25 Jahren ein wirkungsvolles Instrument zur Stärkung und Weiterentwicklung unserer Kommunen im ländlichen Raum. Mit den vier Förderschwerpunkten Wohnen, Arbeiten, Grundversorgung und Gemeinschaftseinrichtungen werden zentrale Bereiche in den Blick genommen und gefördert. Vor diesem Hintergrund haben wir uns in dieser Legislaturperiode auch erfolgreich dafür eingesetzt, das ELR kontinuierlich auszubauen. Wir haben ermöglicht, dass insgesamt 90 Mio. EUR für die Umsetzung wichtiger Projekte zur Verfügung standen sowie eine Sonderlinie mit einem Mittelumfang von 20 Mio. EUR für die Unterstützung der Gastronomiebetriebe und der Gasthöfe eingerichtet werden konnte.